

„Ich mache keinen Pfusch“

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm über seinen politischen Rückhalt im Streit um die Pflegeversicherung



Blüm (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Die CDU muß mehr anbieten als ein Management der Augenblicksprobleme“

SPIEGEL: Herr Blüm, wird der Streit um die Pflegeversicherung zur Nagelprobe dieser Koalition?

BLÜM: Er wird zur Nagelprobe für den Sozialstaat. 20 Jahre wird über die Pflegeversicherung geredet. Der Worte sind genug gewechselt. Der Sozialstaat Deutschland hat die Beweislast, ob er jetzt entscheidungsfähig ist.

SPIEGEL: Sie haben den Auftrag, bis 1992, zur Mitte der Legislaturperiode, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Warum plötzlich diese Eile und dieser Druck?

BLÜM: Die Grundentscheidungen müssen im Herbst fallen, weil die solide Vorbereitung des Gesetzentwurfs ihre Zeit braucht. Dieses neue Kapitel der Sozialpolitik wird nicht im Hauruckverfahren geschrieben. Im übrigen ist dieser Fahrplan nicht von mir in Selbsthilfe gezimmert worden. Die CDU hat sich verständigt, am 30. August im Vorstand zu debattieren und anschließend in der Fraktion zu entscheiden.

SPIEGEL: Sie erwecken öffentlich den Eindruck, als sei kein Kompromiß zwischen Ihrer Sozialversicherungslösung und dem Privatversicherungsmodell der FDP möglich.

BLÜM: Ich möchte zu intellektueller Klarheit beitragen. Zwischen Sozialver-

sicherung und Privatversicherung, ob freiwillig oder Pflicht, gibt es keinen dritten Weg. Das sind zwei verschiedene Schienenstränge, auf denen der Zug nicht gleichzeitig fahren kann.

SPIEGEL: Ist es nicht riskant, schon wieder die Belastbarkeit der Koalition zu testen, oder wollen Sie das Thema fürs Sommerloch liefern?

BLÜM: Pflege ist kein Sommerloch-, sondern ein Jahrhundertthema.

SPIEGEL: Da kommt Ihnen der Gesetzentwurf der SPD, der weitgehend Ihren Vorstellungen entspricht, gerade recht?

BLÜM: Die SPD sitzt auf der richtigen Schiene. Nicht alles, was von der SPD kommt, ist deshalb schon falsch, weil es von der SPD kommt. Wir sollten aufhören, dauernd in diesen taktischen Marketingkategorien zu denken. Das bringt die Parteien nicht nur um ihre eigene Glaubwürdigkeit, es bringt die Politik auch um das Vertrauen der Bürger.

SPIEGEL: Sie haben weite Teile Ihrer Partei, Wirtschaftsrat, Mittelstand, Handwerk, nicht hinter sich.

BLÜM: Gut, dann zähle ich diejenigen auf, die mit mir übereinstimmen: alle Wohlfahrtsverbände, die Kriegsopferverbände, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Ärzteverbände, die kommunalen Spitzenverbände.

SPIEGEL: Die haben im Bundestag alle keine Stimme.

BLÜM: Arbeitgeberverbände und Zentralverband des Handwerks haben dort auch keine Stimmen. Die CDU muß wissen, ob sie auf Übereinstimmung mit den Betroffenen verzichten will. Machen wir eigentlich Politik für die Verbände oder für die Betroffenen? Ich höre immer aus meiner Partei, wir müßten stärker an der Basis arbeiten. Die Basis der Lösung sind die Erfahrungen der Betroffenen. Betroffen sind in erster Linie die Pflegebedürftigen und ihre Familien. Für mich heißt Strategie, die Probleme meistern und Antworten geben auf Fragen der Gesellschaft, ob's ins parteitaktische Kalkül paßt oder nicht. Wenn die CDU den Herztton der Gesellschaft nicht erwischt, dann kann sie weitere 22 Strategiekommissionen einsetzen, und trotzdem wird sie keine Zustimmung bekommen.

SPIEGEL: Hört der Bundeskanzler auch denselben Herztton der Gesellschaft wie der Sozialpolitiker Blüm? Kohl ist doch nur auf das große Thema „Einheit“ programmiert.

BLÜM: Die Pflege gehört zu den großen Themen in den neuen wie in den alten Bundesländern. Deutsche Einheit heißt ja nicht, daß wir einfach den Besitzstand West auf den Notstand Ost übertragen.

* Mit Redakteuren Klaus Wirtgen und Winfried Dizdoleit.

Pflegebedürftigkeit gehört zu den Prioritäten des Sozialstaates Deutschland, ist also Teil der Einheit. Deshalb sind Pflege und Einheit kein Gegensatz.

SPIEGEL: Wo sind Ihre Verbündeten im Kabinett und in der Koalition?

BLÜM: Ich setze auf den gesunden Selbsterhaltungstrieb meiner Partei.

SPIEGEL: Ist der Kanzler auf Ihrer Seite?

BLÜM: Ich sehe den Kanzler auf der Seite derjenigen, die das Problem jetzt lösen wollen. Ich habe mehrere Diskussionen in Parteigremien und der Fraktion erlebt. Da habe ich mich nicht einsam und verlassen gefühlt, sondern wurde von einer Mehrheit getragen.

SPIEGEL: Wer fällt Ihnen außer Fraktionsvize Heiner Geißler noch ein?

BLÜM: Die CSU, deren Vorsitzender Finanzminister ist, hat in einer entscheidenden Gesundheitsministerkonferenz meinen Vorschlag unterstützt.

SPIEGEL: Warum kann in dieser Legislaturperiode eigentlich nur das Blüm-Modell oder nichts beschlossen werden?

BLÜM: Weil es im Bundesrat eine 14 : 2-Mehrheit für das Sozialversicherungsmodell gibt. Wer auf Privatversicherung setzt, der wird in dieser Legislaturperiode keine parlamentarische



Altenpflege: „Wir brauchen eine neue Solidarität der Nähe“

Mehrheit im Bundesrat finden. Das ist keine Drohung, sondern eine nüchterne Beschreibung der objektiven Lage.

SPIEGEL: Sie setzen im Bundesrat auf die SPD-Mehrheit?

BLÜM: Auch das unionsgeführte Land Bayern und andere Unionsländer wollen meine Lösung.

SPIEGEL: Geißler hofft im Bundestag auf einen parteiübergreifenden Konsens wie seinerzeit bei der Reform der Rentenversicherung.

BLÜM: Richtig ist, daß man Fragen von der Tragweite der Pflegeversicherung auf ein breites Fundament stellen sollte. Das kann aber nicht heißen, wir machen es nur, wenn alle zustimmen.

SPIEGEL: Also auch wechselnde Mehrheiten?

BLÜM: Verwechseln Sie bitte nicht das große Projekt Pflege mit Koalitionsgerangel und Parteitaktik. Unsere erste Aufgabe ist es, eine sachgerechte Lösung zu finden. Das ist die Aufgabe, der die Koalition nicht ausweichen darf.

SPIEGEL: Bedeutet das eine Freigabe der Stimmen?

BLÜM: Ginge ich dieser Frage auf den Leim, würde ich den Einigungsdruck in meiner Partei wegnehmen. Ich möchte meiner Partei nicht die Chance nehmen, an der Spitze einer Bewegung für die Pflegebedürftigen zu stehen. Es ist kein Gegensatz, zu sagen, Widerstände müssen überwunden werden, aber ich suche breite Mehrheiten.

SPIEGEL: Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann hat einen Kompromiß vorgeschlagen, der zumindest das Problem lösen soll, daß die Pflege derjenigen, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren pflegebedürftig werden, aus einer auslaufenden Sozialversicherung finanziert wird. Daran sind Arbeitgeber, Beitragszahler und Zuschüsse des Staates beteiligt.

BLÜM: Bei dem Kompromißvorschlag kann ich nur eines als positiv werten: Das Umlageverfahren, das in der Sozialversicherung gilt, ist auch für die Arbeitgeber in der Pflege nichts Unschamhaftes, denn damit wollen sie ja das Problem der Akutfälle und der pflegenahen Jahrgänge lösen. Wenn wir uns auf den Kompromiß zubewegen, dann müssen

Der Streit um die Pflege

entzweit seit Monaten die Bonner Koalitionspartner CDU/CSU und FDP, doch auch in seiner eigenen Partei hat der christdemokratische Arbeitsminister Norbert Blüm einen schweren Stand. Einig sind die Parteien nur in dem Willen, das derzeit wohl schwierigste gesellschaftliche Problem noch in dieser Wahlperiode zu lösen.

450 000 Alte werden in den alten Ländern in Heimen gepflegt zu Kosten von bis zu 4000 Mark im Monat – bei einer durchschnittlichen Altersversorgung von 1700 Mark. Die Differenz, etwa 6,5 Milliarden Mark im Jahr, zahlt die Sozialhilfe, die aus den Kassen von Städten und Gemeinden gespeist wird. 130 000 Alte werden in Krankenhäusern (meist auf Kosten der Krankenversicherung), etwa 1,2 Millionen in Familien von nahen Angehörigen oder von privat bezahlten Helfern gepflegt und betreut.

Strittig ist die Finanzierung der Reform. Blüm und die SPD schlagen

vor, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber je nach Einkommenshöhe Beiträge – analog zur Kranken- oder Sozialversicherung – entrichten. Aus dem Aufkommen von etwa 28 Milliarden Mark soll für die häusliche Pflege ein gestaffelter Zuschuß bis 1200 Mark (Blüm) oder 1500 Mark (SPD), für stationäre Pflege ein Betrag von 2000 Mark (Blüm) monatlich fließen.

Die FDP wie auch der CDU-Mittelstand plädieren dagegen für eine privatwirtschaftlich organisierte, wenn auch obligatorische Versicherung, zu deren Finanzierung Arbeitgeber nichts beitragen. Im Unterschied zu Blüms Solidarmodell ist beim FDP-Vorschlag offen, auf wessen Kosten die schon jetzt akuten Pflegefälle versorgt oder wie jene Bürger behandelt werden, deren bis dann gezahlte Beiträge für eine adäquate Pflege nicht ausreichen. Für diese Fälle empfiehlt etwa der CDU-Mittelstand einen Fonds von 15 bis 20 Milliarden Mark, der sich wesentlich aus Steuergeldern finanzieren soll.

mir Herr Murmann und alle, die seinem Vorschlag anhängen, erklären, wo denn die Trennlinie ist zwischen denen, die von der Sozialversicherung gesichert werden, und denen, die in Zukunft von der privaten Haftpflicht etwas bekommen. Ein 60jähriger bekäme dann eine Pflegehilfe aufgrund des Umlageverfahrens – also die Jungen zahlen für ihn –, der 59 1/2jährige müßte selbst zahlen.

SPIEGEL: Die FDP will einen einheitlichen Beitrag von 35 Mark, während Ihr Modell für Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils bis zu 48 Mark Beitrag kostet.

BLÜM: Wie man mit niedrigeren Beiträgen höhere Leistungen finanziert, das schafft nicht Adam Riese, das gelingt nur der FDP. Und wie man mit einem staatlich verordneten Einheitsbeitrag in einer gewinnorientierten, im Wettbewerb stehenden privaten Versicherungswirtschaft das Pflegerisiko absichern will, das gelingt nur einem ordnungspolitischen Rastelli.

SPIEGEL: Die CDU-Mittelstandsvereinigung hat in einem vertraulichen Papier Konspiration mit der FDP als Strategie ausgegeben, um Sie in der Koalition in die Minderheit zu bringen.

BLÜM: Ein Boxer, der klammert, hat keine Kraft mehr, und eine politische Vereinigung, die durch Hinauszögern ein Problem lösen will, keine Argumente. Tricksen und Taktieren, Hinhalten und Hinauszögern sind jedenfalls das Gegenteil einer offenen, prestigefreien Diskussion zur Sache, wie ich sie meiner Partei wünsche.

SPIEGEL: Ihre Widersacher in der FDP und in den eigenen Reihen sähen es am liebsten, wenn die Pflege nicht in dieser Legislaturperiode geregelt würde.

BLÜM: Die Hoffnung kann ich niemandem machen. Die Pflegeversicherung muß jetzt kommen. Ich freue mich über soviel Bewegung in der FDP. Gemessen an ihrer Position vor sechs Monaten, sehe ich große Fortschritte. Ich habe noch in den Koalitionsverhandlungen gehört, es gebe nur die Antwort: Ausbau der freiwilligen privaten Vorsorge. Inzwischen sind sie schon bei einer privaten Pflichtversicherung angekommen.

SPIEGEL: Ihre Partei ist auf die Liberalen angewiesen.

BLÜM: Ich sehe, daß die FDP – auch durch den Zuwachs an Anhängern aus den neuen Bundesländern – nicht mehr die alte FDP ist. Unbestritten: Es gibt viele Widerstände, auch in der FDP. Aber nennen Sie mir mal einen großen sozialen Fortschritt, der nicht über 1000 Hindernisse gebracht werden mußte. Und 800 von den Hindernissen habe ich schon überwunden. Da werden wir den Rest auch noch packen.

SPIEGEL: Werden die Krankenversicherungsbeiträge in den nächsten drei

Jahren sinken, um Spielraum für eine Pflegeversicherung zu haben?

BLÜM: Ich halte es für möglich, die Krankenversicherungsbeiträge in Schach und Proportion zu halten. Dazu muß man die Selbstverwaltung treiben. Wenn die nicht handelt, muß, laut Gesundheitsreform, der Staat als Ersatzmann aufs Spielfeld. Aber ich setze meine Hoffnung keineswegs nur auf die Krankenversicherung.

Das beitragsbezogene Umlagesystem in Deutschland umfaßt ein Finanzvolumen von 480 Milliarden Mark. Dazu kommen durch die Pflegeversicherung noch 28 Milliarden. Da sehen wir mal zu, was gespart oder umgeleitet werden kann, bevor ausgerechnet dort geheizt wird, wo wirklich Not herrscht. Ein Beispiel:

Wieso müssen eigentlich alle Umschulungs- und Ausbildungsangebote der Bundesanstalt für Arbeit aus Beiträgen der Arbeitnehmer bezahlt werden? Ich hab' noch nie gehört, daß die Studenten ihre Universitäten mit Beiträgen bezahlen.

SPIEGEL: Sie sind doch der für die Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung zuständige Minister. Sie haben es zugelassen, daß jetzt im Zuge des Rentenüberleitungsgesetzes nach der



SPD-Versicherungsbefürworter*
„Auf der richtigen Schiene“

deutschen Vereinigung in beiden Systemen Staatsaufgaben zu einem großen Teil mit Versicherungsgeldern finanziert werden.

BLÜM: Ich habe nie behauptet, daß ich alle Probleme des Sozialstaates wie Herkules gemeistert habe. Ich möchte die Kreativität aller Sozialpolitiker darauf lenken, daß die Frage neu gestellt werden muß, wo die Trennlinie zwischen allgemeinen Aufgaben, die vom Steuerzahler bestritten werden müssen, und jenen Ansprüchen verläuft, die auf Beitragsleistungen basieren.

SPIEGEL: Sind Sie noch kompromißbereit im Systemstreit um die Pflege?

BLÜM: Das ist nicht eine Frage von Kompromißfähigkeit, von gutem oder schlechten Willen oder gar von Bockigkeit, sondern es ist eine Frage der intellektuellen Klarheit. Mischsysteme sind nicht praktikabel. Ich habe aus meiner alten Werkzeugmacherzeit noch einen gewissen handwerklichen Stolz: Ich mache keinen Pfus. An der Weggabe Sozial- oder Pflegeversicherung muß sich jeder entscheiden. Dann gibt's eine Menge Kompromißmöglichkeiten, beispielsweise über die Höhe der Beitragsbemessungsgrenze, der Leistung und den versicherten Personenkreis. Die Privatversicherung kann sich weder mit der Sozialversicherung vermischen noch sie ersetzen. Sie kann sie ergän-



Blüm-Gegner Murmann
„Nichts Unschamhaftes“

* Rudolf Dreßler, Björn Engholm, Hermann Heinemann.

zen. Da gibt es neue große Möglichkeiten für die Privatversicherungen.

SPIEGEL: Die CDU leidet unter Auszehrung bei jungen Leuten. Kann die CDU mit dem Pflegeethema die Jugend zurückgewinnen?

BLÜM: Bei der Pflegeversicherung geht es auch um die Gesellschaft der Zukunft. Die alte Großfamilie gibt es nicht mehr. Aber an ihre Stelle darf nicht die ellenbogenbewaffnete Gesellschaft der behauptungsstarken Einzelkämpfer treten. Wir brauchen eine neue Solidarität der Nähe. Bahnt sich nicht eine neue Sehnsucht nach einer nachbarschaftlichen Gesellschaft den Weg? Pflege ist ein Teil einer Vision einer Gesellschaft, die sich nicht in der Wüste von Singles verliert, sondern die neue Solidarität in kleinen Kreisen schafft. Ich stelle mir vor, daß Alt und Jung wieder stärker miteinander leben und die Alten nicht einfach ins Altersheim abgeschoben werden. Dazu brauchen wir eine neue Infrastruktur unterstützender sozialer Dienste in der Nähe. Pflegeversicherung ist mehr als Geld verteilen. Sie unterstützt eine neue Kultur des Helfens.

SPIEGEL: Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hat mal gesagt, wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.

BLÜM: Vielleicht müßte der behandelt werden, der auf Visionen verzichtet. Ich habe schon einmal gehört, daß Menschen, die keine Träume haben, behandlungsbedürftig sind. Doch ich bin kein Psychotherapeut. Ich bin ganz sicher: Die CDU muß mehr anbieten als nur ein Management der Augenblicksprobleme. Die CDU muß einen Beitrag leisten zu der Frage, wie denn die Gesellschaft im nächsten Jahrtausend aussieht: entweder eine anonyme, graumelierte, gut gemanagte Einheitsgesellschaft oder eine, die neue Identifikationen schafft durch erlebbare Gemeinschaft. Dabei könnte die Pflegeversicherung helfen.

SPIEGEL: Im Jahre 1982 mußten Sie gehörige Schnitte ins soziale Netz vertreten, damit die Koalition die Wende schaffte. Werden Sie jetzt zum Märtyrer der zweiten Legislatur?

BLÜM: Ich eigne mich nicht für das Experiment, mich auf der Couch selbst zu diagnostizieren. Insofern kann ich Ihre Frage nicht beantworten. Aber richtig ist, daß ich in den neun Jahren im Amt des Arbeitsministers zwei große Aufgaben zu bewältigen hatte: das etablierte Sozialsystem zu sichern und es weiterzuentwickeln. Mir hilft jetzt sehr bei der Lösung des aktuellen Problems, daß wir in der Krankenversicherung das Element Pflege bereits eingeführt haben. Es hat nur damals niemand bemerkt. Ich hätte vieles besser machen können. Aber ich stehe nicht da als Männlein im Walde, verlassen und allein, und bedaure mich. Mit diesem sich selbst bemitlei-

denden Norbert Blüm kann ich Ihnen nicht dienen.

SPIEGEL: Die Koalition hat ihre Finanzspielräume extrem ausgeschöpft. Normalerweise reagiert die konservativ-liberale Koalition durch Sparen im sozialen Bereich. Die Unionsbasis ruft aber nach sozialer Profilierung.

BLÜM: Ich bin ja weniger bekannt durch die Spendierhose als durch die Sparbüchse. Da habe ich wohl genug geleistet. Jetzt kann aber das Motto nicht nur Sparen sein. Wir müssen umgestalten. Es kann doch niemand sagen, die Pflege habe bisher nichts gekostet, und weil der Blüm da ist, kostet sie plötzlich was. Die Pflege schlägt allein bei der Sozialhilfe mit neun Milliarden zu Buch. Ich bin es leid: Die einen sagen, der Blüm will immer nur mehr Geld, die anderen beschimpfen mich, weil ich spare.

SPIEGEL: Auch Sie brauchen Mehrheiten für Ihre Politik.

BLÜM: In der Politik kann man nicht pausenlos berechnen, wie sind die Mehrheiten. Was richtig ist, muß durchgesetzt werden. Wahrscheinlich erscheint Politik der jungen Generation so unappetitlich, weil sie den Eindruck hat, wir makeln den ganzen Tag um Mehrheiten, auch dann schon, wenn wir noch nicht wissen, was wir wollen. Warum können wir uns nicht zuerst auf sachgerechte Antworten auf drängende Fragen konzentrieren?

SPIEGEL: Ist der Bundeskanzler der Adressat dieser Mahnung?

BLÜM: Nein, aber erst die richtige Antwort, dann stellen sich die Mehrheiten leichter ein.

SPIEGEL: Herr Blüm, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Deserteure

Auf freier Strecke

In den neuen Bundesländern liefern sich die sowjetische Armee und deutsche Behörden einen lautlosen Kampf um Fahnenflüchtige – Tausende wollen westwärts.

Die sieben Sowjets in Zivil besetzten zunächst die Eingänge der Dresdner Musikhochschule „Carl Maria von Weber“. Dann stiegen einige von ihnen die Treppen hinauf.

Sie sprachen kein Deutsch, hatten aber den Dolmetscher der Dresdner Kommandantur der sowjetischen Armee mitgebracht. Der sagte der Schullektorin, der Trupp komme vom sowjetischen Geheimdienst KGB und wolle die Musikstudentin Natalja Owtscharenko, 25, verhaften.

Zitternd vor Angst lief die junge Moskauerin durch das Gebäude und suchte nach einem Versteck. Ein Gesanglehrer bugsierte sie in das Zimmer des Prorektors, schloß sie ein und zog den Schlüssel ab.

Die Rektorin ließ die Polizei rufen. Minuten später bremsten schon drei Streifenwagen vor der Musikhochschule. Die Dresdner Polizisten konnten die Sowjetwachen vor den Türen „ohne Konfrontation abdrängen“, wie es im Polizeibericht trocken heißt. Dann brachten sie Natalja Owtscharenko ins Revier des Bundesgrenzschutzes am Dresdner Hauptbahnhof. Dort fühlte sich die angehende Pianistin vorläufig



Ausländerbeauftragter Kupke, Sowjetsoldat (in Halle): „Lauf bloß weg, hau ab“